Europabüro der bayerischen Kommunen Europabüro der baden-württembergischen Kommunen Europabüro der sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 3/2019

18. bis 25. Januar 2019

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

Insolvenzrecht: Trilog-Ergebnis zur Harmonisierung bestehender Regelungen

Am 19. Dezember 2019 bestätigte der Rat der EU die in den Trilog-Verhandlungen erzielte <u>Einiqunq</u> mit dem Europäischen Parlament zum <u>Vorschlaq</u> der EU-Kommission für eine Richtlinie über präventive Restrukturierungsrahmen, zweite Chancen und Maßnahmen zur Verbesserung der Effizienz von Restrukturierungs-, Insolvenz- und Entschuldungsverfahren...

Umwelt, Energie und Verkehr

Mehrjähriger Finanzrahmen I: Rat positioniert sich zu LIFE

Am 20. Dezember 2018 <u>verabschiedete</u> der Rat der EU sein <u>Verhandlungsmandat</u> (partielle allgemeine Ausrichtung) zum <u>Kommissionsvorschlag</u> zur Aufstellung des Programms für die Umwelt- und Klimapolitik "Life" (vgl. Brüssel Aktuell 39/2018). Darin wird dem Teilprogramm "Naturschutz und Biodiversität" besonderes Gewicht beigemessen. Zu den Änderungen zählen Bemühungen um einen geografischen Ausgleich sowie abgestufte Kofinanzierungssätze…

Umweltrecht: Angleichung bestehender Berichtspflichten

Am 21. Januar 2019 nahm der Ausschuss des Europäischen Parlamentes für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (<u>ENVI</u>) den im Trilog erreichten <u>Kompromiss</u> zum <u>Verordnungsvorschlag</u> der EU-Kommission zur Angleichung der Berichterstattungspflichten im Bereich der Umweltpolitik an...

Lebensmittelsicherheit: EuRH hält EU-Regeln für "überfrachtet"

Am 15. Januar 2019 veröffentlichte der Europäische Rechnungshof (<u>EuRH</u>) den <u>Sonderbericht</u> "Chemische Gefahren in unseren Lebensmitteln: Politik der EU zur Lebensmittelsicherheit schützt uns, steht jedoch vor Herausforderungen"...

Kreislaufwirtschaft: Parlament und Rat einig über Verbot von Einwegplastik

Am 19. Dezember 2019 einigten sich das Europäische Parlament und der Rat der EU auf einen <u>Kompromiss</u> zum <u>Richtlinienvorschlag</u> der EU-Kommission "über die Verringerung der Auswirkungen bestimmter Kunststoffprodukte auf die Umwelt"...

Regionalpolitik, Städte und ländliche Entwicklung

Mehrjähriger Finanzrahmen II: Parlament stimmt für höheres Interreg-Budget ab 2021

Am 16. Januar 2019 verabschiedete das Europäische Parlament den Bericht zu den besonderen Bestimmungen für das Ziel "Europäische territoriale Zusammenarbeit" (Interreg, zuletzt Brüssel Aktuell 30/2018). Neben der Erhöhung des Budgets in der kommenden Förderperiode spricht sich das Parlament für Mittelverschiebungen in den einzelnen Programmpunkten aus und plädiert für die Anhebung der Kofinanzierungssätze, wie auch für weitreichende Vereinfachungen bei der Umsetzung – z. B. eine Ausnahmeregelung im Beihilfebereich...

EU-Städteagenda: Finale Aktionspläne für Mobilität, Wohnen und Flächennutzung

Im Rahmen der <u>EU-Städteagenda</u> (zuletzt Brüssel Aktuell 39/2018) haben die thematischen Partnerschaften Ende 2018 ihre finalen Aktionspläne zu den Schwerpunktthemen <u>Wohnen</u>, <u>Städtische Mobilität</u> sowie <u>Nachhaltige Landnutzung</u> vorgelegt. Die konkreten Forderungen, Maßnahmen und Empfehlungen sollen zu einer Verbesserung im Bereich EU-Rechtsetzung, Finanzierung und Wissenstransfer führen, sind rechtlich jedoch nicht bindend...

Institutionen, Grundsätzliches und weitere EU-Themen

Mehrjähriger Finanzrahmen III: Plenum zum Rechtsstaatlichkeitsmechanismus

Am 17. Januar 2019 verabschiedete das Plenum des Europäischen Parlamentes seine <u>Verhandlungs-position</u> zum <u>Vorschlag</u> der EU-Kommission für eine Verordnung über den Schutz des Haushalts der Union im Falle von generellen Mängeln in Bezug auf das Rechtsstaatsprinzip in den Mitgliedstaaten (zuletzt Brüssel Aktuell 37/2018). Das Parlament behält die grundlegende Ausrichtung des Vorschlags bei, verbessert jedoch das Verfahren sowohl systematisch als auch inhaltlich...

Mehrjähriger Finanzrahmen IV: Parlamentsposition zum Programm "Rechte und Werte"

Am 17. Januar 2019 nahm das Plenum des Europäischen Parlaments <u>Abänderungen</u> am <u>Kommissionsvorschlag</u> zur Aufstellung des Programms "Rechte und Werte" 2021-2027 an. Diese unterscheiden sich nur in einem Punkt vom <u>Bericht</u> des federführenden Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres…

Mehrjähriger Finanzrahmen V: Ratsposition zum Programm "Rechte und Werte"

Am 19. Dezember 2018 <u>einiqte</u> sich der Ausschuss der Ständigen Vertreter (<u>AStV</u>) des Rats der EU auf ein <u>Verhandlungsmandat</u> (partielle allgemeine Ausrichtung) zum <u>Kommissionsvorschlag</u> für das Programm "Rechte und Werte" 2021-2027…

Steuergesetzgebung: Kommission fordert Abschaffung einstimmiger Beschlussfassung

Am 15. Januar 2019 veröffentlichte die EU-Kommission die <u>Mitteilung</u> "Auf dem Weg zu einer effizienteren und demokratischeren Beschlussfassung in der EU-Steuerpolitik". Die Kommission fordert hierbei die stufenweise Abschaffung des Erfordernisses einstimmiger <u>Beschlussfassung</u> im Rat der EU auch im letzten Politikbereich, in dem eine solche vorgesehen ist, der Fiskalpolitik….

Migration: Ratspositionierung zur Europäischen Grenz- und Küstenwache

Am 6. Dezember 2018 verständigte sich der Rat der EU auf seine partielle allgemeine <u>Ausrichtung</u> für den <u>Verordnungsvorschlag</u> der EU-Kommission zur Änderung der Verordnung über die Europäische Grenz- und Küstenwache...

Europäische Bürgerinitiative: Parlament und Rat einigen sich auf Kompromiss

Am 12. Dezember 2018 erzielten das Europäische Parlament und der Rat der EU im Rahmen der vierten Runde der Trilog-Verhandlungen eine <u>Einiqunq</u> über den <u>Vorschlaq</u> der EU-Kommission zur Reform der Europäischen Bürgerinitiative...

Zukunft der EU: Differenzierte Integration aber kein Europa "à la carte"

Am 17. Januar 2019 veröffentlichte das Europäische Parlament unter Verweis auf das <u>Weißbuch</u> der EU-Kommission zur Zukunft Europas (zuletzt Brüssel Aktuell 44/2018) seine <u>Entschließung</u> "zur differenzierten Integration". Darin geben die Abgeordneten Empfehlungen ab, wie eine <u>differenzierte Integration</u> zum europäischen Zusammenhalt beitragen kann…

Fördermöglichkeiten und Aufrufe

URBACT: Aufruf für Aktionsplanungs-Netzwerke gestartet

Bis zum **17. April 2019, 15 Uhr** läuft im Rahmen des Programms für den kommunalen Wissensaustausch im Bereich der nachhaltigen Stadtentwicklung <u>URBACT</u> ein <u>Aufruf</u> zur Einreichung von Vorschlägen für die Bildung von 23 Aktionsplanungs-Netzwerken...

Urban Innovative Actions: Themenschwerpunkte für fünften Aufruf bekannt

Im Herbst diesen Jahres soll der fünfte und letzte Aufruf für die "Urban Innovative Actions" (<u>UIA</u>, zuletzt Brüssel Aktuell 37/2018) – das mit EFRE-Mitteln finanzierte Programm für innovative Maßnahmen der nachhaltigen Stadtentwicklung – starten…

Nachhaltige Stadtentwicklung: Vierter Aufruf für internationale Städtekooperation

Bis zum **22. Februar 2019** können europäische Städte im Rahmen des vierten <u>Aufrufs</u> der internationalen Städtekooperation (<u>IUC</u>, zuletzt Brüssel Aktuell 29/2018) ihre <u>Bewerbung</u> für ein Partnerschaftsprogramm im Bereich der nachhaltigen Stadtentwicklung einreichen...